

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 1</b>	<b>Kürzen der Schnabelspitzen</b>

Vorschläge	Die Arbeitsgruppe betont die Tierschutzrelevanz des Schnabelkürzens und <b><u>empfiehlt</u></b> der Landesregierung die <b><u>Verabschiedung eines Erlasses zum Ausstieg</u></b> aus dem Schnabelkürzen bei <b><u>Jung- und Legehennen</u></b> in Brandenburg.
------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Begründung/ Empfehlungen	<p>Das Kürzen der Schnabelspitze hat eine hohe Tierschutzrelevanz und ist in Deutschland per se durch das Tierschutzgesetz verboten. In § 6 heißt es: „Verboten ist das vollständige oder teilweise Amputieren von Körperteilen oder das vollständige oder teilweise Entnehmen oder Zerstören von Organen oder Geweben eines Wirbeltieres.“ In der Vergangenheit wurde jedoch der überwiegende Anteil der Schnäbel von Eintagsküken in den Brütereien mittels Infrarot-Technologie auf der Basis von Ausnahmegenehmigungen gekürzt. Ziel dieses Eingriffs am Tier ist die Vermeidung von Verletzungen durch Federpicken und Kannibalismus.</p> <p>Im Ökolandbau hingegen ist das Schnabelkürzen grundsätzlich verboten. In Deutschland unterzeichneten der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft, der Bundesverband Deutsches Ei, der Verband Deutscher Putenerzeuger und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gemeinsam die <b><u>„Vereinbarung zur Verbesserung des Tierwohls, insbesondere zum Verzicht auf das Schnabelkürzen in der Haltung von Legehennen und Mastputen“</u></b>. Diese Vereinbarung beinhaltet, dass ab dem 01.01.2017 in Legehennenhaltungen in Deutschland auf die Einstellung von schnabelgekürzten Junghennen regelmäßig verzichtet wird. Dies bedeutet, dass ab dem 01.08.2016 bei den Küken, die für die Legehennenhaltungen in Deutschland vorgesehen sind, in den Brütereien keine Schnäbel mehr gekürzt wurden. Bereits in der Produktion befindliche schnabelgekürzte Jung- und Legehennenherden bleiben unberücksichtigt. Damit kommt der Umstellungsprozess in absehbarer Zeit zu einem Ende.“ Um diese freiwillige <b><u>Vereinbarung auch rechtlich zu fixieren</u></b> und eine Verbindlichkeit für alle Legehennenhalter in Brandenburg zu bewirken, soll der Verzicht auf das Schnabelkürzen bei Jung- und Legehennen auch seitens des Ministeriums erlassen werden.</p>
-----------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Verzicht auf Schnabelkürzen, Branchenvereinbarung umsetzen</li> <li>2. Rechtliche Fixierung durch Erlass</li> </ol>
-------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zuständig	MSGIV
-----------	-------

Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prüfen Umsetzungsstand</li> <li>• Erlass durch MSGIV</li> </ul>
---------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbot des Schnabelkürzens ist bereits im Tierschutzgesetz verankert.</li> <li>• Ein Erlass wird nicht benötigt, er kann mit TSP 2 geregelt werden.</li> </ul>
------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Umsetzungs-  
stand

- **erledigt**

<b>1,8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 2</b>	<b>Kürzen der Schnabelspitzen</b>
Vorschläge	Um dem Jung- und Legehennenhalter im Falle des Auftretens von Federpicken und Kannibalismus eine schnelle und unkomplizierte Hilfe zur Verfügung zu stellen, soll ein <b>Notfallplan</b> entwickelt werden, der <b>Festlegungen von Sofortmaßnahmen</b> und eine gezielte betriebspezifische <b>Schwachstellenanalyse</b> enthält. In Ausnahmefällen muss die Genehmigung des <b>nachträglichen Kürzens der Schnabelspitze</b> für ältere Legehennenherden durch Hinzuziehung eines Expertenkreises erteilt werden. Hierfür bedarf es der <b>Verabschiedung eines entsprechenden Erlasses</b> durch die Landesregierung.
Begründung/ Empfehlungen	Auch bei einer intensiven Schulung der Tierhalter und einem sehr guten Management kann es in Jung- und Legehennenherden zum Auftreten von Federpicken und Kannibalismus kommen. In diesem Falle ist es nötig, schnellstmöglich auf wirksame Notfallmaßnahmen zurückgreifen und reagieren zu können. Dieser muss neben Sofortmaßnahmen eine gezielte betriebsindividuelle Schwachstellenanalyse durch ein Expertengremium und einen realistischen Zeitrahmen enthalten. In Ausnahmefällen muss durch das Expertengremium, dass z.B. durch den Tierhalter, den zuständigen Amtstierarzt und einen Sachverständigen besetzt sein könnte, auch ein nachträgliches Kürzen der Schnabelspitze angeordnet werden können, um noch größere Schäden und Leiden der Tiere zu verhindern. Die Arbeitsgruppe sieht den <b>Notfallplan des Landes Niedersachsen</b> als geeignete Vorlage an.
Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Notfallplan zur Verfügung stellen</li> <li>2. Erlass für Ausnahmegenehmigung zum nachträglichen Kürzen</li> </ol>
Zuständig	MLUK/MSGIV
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Notfallplan von Niedersachsen kann ins Netz</li> <li>• Prüfung ob Erlass möglich</li> </ul>
Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für ein Worst-Case-Szenario: Erlass, um dem Amtsveterinär Sicherheit zu geben, was geprüft und wie im absoluten Notfall entschieden werden soll.</li> </ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• (1) Notfallplan ist im Anhang vom Managementleitfaden von Niedersachsen; ist auf Homepage MLUL verlinkt - <b>erledigt</b></li> <li>• (8) MSGIV prüft ob bestehende Rechtsgrundlage bereits ausreichend ist - offen</li> </ul>

<b>1</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 3</b>	<b>Kürzen der Schnabelspitzen</b>

Vorschläge	Zur Unterstützung der Jung- und Legehennenhalter Brandenburgs in der Umstellungsphase auf die Haltung von nicht-schnabelgekürzten Tieren, soll den Betrieben kostenfrei ein <b><u>Managementleitfaden mit Empfehlungen</u></b> zur Umsetzung des Verzichts auf das Schnabelkürzen zur Verfügung gestellt werden. Der Versand sollte schnellstmöglich in 2018 erfolgen. Als empfehlenswert wird der Managementleitfaden der <b>Landwirtschaftskammer Niedersachsen</b> erachtet.
------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Begründung/ Empfehlungen	Die Umstellung der Haltung auf nicht-schnabelgekürzte Tiere erfordert von dem Halter ein noch besseres Management und enormes Fingerspitzengefühl. Zum Einstieg in den Verzicht auf das Schnabelkürzen aber auch zur kontinuierlichen Verbesserung und Schwachstellenanalyse ist eine intensive Schulung in Form eines Selbststudiums und/oder von Fortbildungsveranstaltungen notwendig. Hierfür ist bereits geeignetes Lehrmaterial am Markt erhältlich. Als äußerst empfehlenswert beurteilt die Arbeitsgruppe den Managementleitfaden „Haltung von Legehennen mit intaktem Schnabel“ der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Zur Unterstützung bei der Umstellung sollte der Leitfaden allen brandenburgischen Legehennenhaltern umgehend, aber spätestens zu Jahresbeginn 2018 kostenfrei zugestellt werden. Ein Versand wäre beispielsweise über die Tierseuchenkasse möglich. An dieser Stelle soll auch auf ein themenbezogenes <b>E-Learning zum Verzicht auf das Schnabelkürzen</b> bei Jung- und Legehennen hingewiesen werden, welches derzeit seitens des <b>Bundesverbands Deutsches Ei e.V. / Zentralverbands der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.</b> erstellt wird. Neben der Erläuterung des richtigen Managements spielen auch die Früherkennung von Verhaltensauffälligkeiten sowie Notfallmaßnahmen eine Rolle. Das <b>Angebot wird in Deutsch und drei weiteren Fremdsprachen</b> erhältlich sein. Eine <b>Förderung der Zugangslizenz</b> durch das Ministerium wäre ebenfalls sinnvoll.
-----------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Managementleitfaden zur Verfügung stellen</li> <li>2. Information der Landwirte über E-Learning-Angebot</li> <li>3. Managementleitfaden/ E-Learning in verschiedenen Sprachen</li> <li>4. Förderung Zugangslizenz E-Learning</li> </ol>
-------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zuständig	MLUK
-----------	------

Einschätzung der Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Managementleitfaden von Niedersachsen kann ins Netz</li> <li>• Kontakt zu ZDG – E-Learning, Zugriffsrechte, Sprachen</li> <li>• Schulungskonzept erarbeiten</li> <li>• Zugangslizenzen als Betriebsausgaben können nicht gefördert werden.</li> </ul>
----------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ergebnis AG-Sitzung	10.10.2018 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dokumente sollen auf MLUK-Homepage veröffentlicht werden.</li> </ul>
---------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulungen, insbesondere In-House-Schulungen anbieten</li> </ul> <p>03.06.2019</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme der RBA Uckermark an der AG und Vorstellung des Werkvertrages der RBA zur Erstellung von Lehrveranstaltungen zur Umsetzung des TSP im Bereich Geflügel</li> </ul> <p>Diskussionsergebnis</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geflügelwirtschaftsverband (GWV) und RBA stimmen Inhalte einer „Basic-Ausbildung“ zur Hennenhaltung ab</li> <li>• GWV hat E-Learning-Modul (4-sprachig) erarbeitet, mögliche Nutzung klärt RBA mit GWV</li> <li>• Inhalte Quizzer-App zum Geflügel werden der AG mit Bitte um Durchsicht zur Verfügung gestellt</li> <li>• Mitglieder der AG teilen RBA bilateral mögliche Dozenten mit</li> <li>• SG-Leiter-Sitzung Tierschutz des MdJEV wird Hinweise zu Fortbildungs-möglichkeiten geben</li> <li>• Artikel über Bildungsangebot (für Quereinsteiger) soll ins Tagesblatt</li> </ul> <p>26.10.2020</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• MLUK stellte die Arbeit der RBA UM vor: es wurden im Geflügelbereich drei Seminare angeboten, leider wurden alle abgesagt aufgrund zu geringer Anmeldungenzahlen</li> <li>• Die RBA TF wird sich ebenfalls mit dem Geflügelbereich befassen und sich mit der RBA UM abstimmen</li> <li>• MLUK stellte das Projekt Fokus Tierwohl vor, welches im LELF (Ref. 44) umgesetzt wird. Ziel ist u. a. ein verbesserter Wissenstransfer in die Praxis im Schweine-, Geflügel- und Rinderbereich, um Landwirte bei einer tierwohlgerechteren Nutztierhaltung zu unterstützen. Ein enge Kooperation mit bereits bestehenden Strukturen (BLAk, RBA, LBV u. v. m.) wird angestrebt.</li> </ul>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Umsetzungs-stand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Managementleitfaden von Niedersachsen; ist auf Homepage MLUK verlinkt</li> <li>• Zugangslizenzen als Betriebsausgaben können nicht gefördert werden</li> <li>• Schulungskonzept wird umgesetzt bzw. regelmäßig angepasst – <b>erledigt</b></li> </ul>
------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>1,8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 4</b>	<b>Sicherstellung des Vorliegens der erforderlichen Kenntnisse &amp; Fähigkeiten für Tierhalter und Betreuer</b>

Vorschläge	Für Personen, die zu Erwerbszwecken Jung- und Legehennen halten, muss der <b><u>Nachweis der Sachkunde</u></b> über verpflichtende Schulungen gefordert werden.
------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Begründung/ Empfehlungen	<p>In der Praxis wird leider immer wieder beobachtet, dass der Einstieg in die Haltung von Jung- und Legehennen im Alleingang und ohne eine entsprechende Ausbildung oder ausreichende Vorkenntnisse absolviert wird. Dies führt nicht selten zu Problemen im Management und bei der Tiergesundheit.</p> <p>Während bei den Masthähnchen ein Sachkundenachweis und die regelmäßige Teilnahme an Schulungen gesetzlich gefordert sind, fehlt ein solcher Befähigungsnachweis im Bereich der Jung- und Legehennenhaltung bislang.</p> <p>Die Arbeitsgruppe fordert daher die <b>Einführung des verpflichtenden Nachweises</b> der Sachkunde und <b>der regelmäßigen Teilnahme</b> an Weiterbildungsveranstaltungen für Jung- und Legehennenhalter. Eine abgeschlossene fachspezifische Berufsausbildung, ein absolviertes Hochschulstudium der Agrar- oder Veterinärwissenschaften sowie eine langjährige Berufserfahrung im Bereich der Geflügelhaltung ohne Auffälligkeiten im Hinblick darauf sind als Nachweis der Sachkunde anzuerkennen. Hierfür ist auch eine <b>Überprüfung der Lehrinhalte in der Ausbildung</b> von Landwirten und Tierwirten nötig, <b>Angebote zur Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen gebündelt</b> und die Teilnahme durch entsprechende Zertifikate dokumentiert werden. Eine <b>Evaluierung der Veranstaltungen</b> erscheint zur stetigen Verbesserung sinnvoll. Die <b>Bedarfsermittlung von Schulungsthemen sollte einmal jährlich</b> in einer Abstimmung zwischen der Brandenburgischen Landwirtschaftsakademie (BLAk) und dem Geflügelwirtschaftsverband erfolgen.</p> <p>Die Festlegung des genauen Vorgehens soll bestmöglich in Abstimmung mit Verbänden, Wissenschaftlern und Lehrkräften erfolgen.</p>
-----------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Nachweis von Sachkunde</li> <li>2. Nachweis regelmäßiger Weiterbildung</li> <li>3. Überprüfung Lehrinhalte</li> <li>4. Regelmäßige Bedarfsermittlung Fortbildung</li> </ol>
-------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zuständig	MLUK/MSGIV
-----------	------------

Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ermittlung bestehender Lehrgangsangebote aller Anbieter</li> <li>• Rücksprache mit RBA und BLAk welche Inhalte vermittelt werden bzw. verstärkt werden können</li> <li>• Erarbeitung Curriculum</li> <li>• Spiegelung des Angebotes in die AG und Abfrage was konkret fehlt</li> <li>• Prüfung Erlass für eine möglichen Nachweispflicht</li> </ul>
---------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Ergebnis AG-Sitzung</p>	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für Personen, die zu Erwerbszwecken Jung- oder Legehennen halten, muss der Nachweis der Sachkunde gemäß § 2 Tierschutzgesetz erbracht werden.</li> <li>• Empfohlen wird eine Sachkundebildung und regelmäßige Fortbildungsangebote, einschließlich In-House-Schulungen.</li> <li>• MLUL prüft, was in Sachkundelehrgang gehört und MdJEV prüft, wie Betriebsleiter zur Sachkunde verpflichtet werden können. Verpflichtende Sachkunde soll unabhängig von der Bestandsgröße der Legehennenhaltung nachgewiesen werden.</li> </ul> <p>03.06.2019</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme der RBA Uckermark an der AG und Vorstellung des Werkvertrages der RBA zur Erstellung von Lehrveranstaltungen zur Umsetzung des TSP im Bereich Geflügel</li> </ul> <p>Diskussionsergebnis</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geflügelwirtschaftsverband (GWV) und RBA stimmen Inhalte einer „Basic-Ausbildung“ zur Hennenhaltung ab</li> <li>• GWV hat E-Learning-Modul (4-sprachig) erarbeitet, mögliche Nutzung klärt RBA mit GWV</li> <li>• Inhalte Quizzer-App zum Geflügel werden der AG mit Bitte um Durchsicht zur Verfügung gestellt</li> <li>• Mitglieder der AG teilen RBA bilateral mögliche Dozenten mit</li> <li>• SG-Leiter-Sitzung Tierschutz des MdJEV wird Hinweise zu Fortbildungs-möglichkeiten geben</li> </ul> <p>Artikel über Bildungsangebot (für Quereinsteiger) soll ins Tagesblatt</p> <p>26.10.2020</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• MLUK stellte die Arbeit der RBA UM vor: es wurden im Geflügelbereich drei Seminare angeboten, leider wurden alle abgesagt aufgrund zu geringer Anmeldungszahlen</li> <li>• Die RBA TF wird sich ebenfalls mit dem Geflügelbereich befassen und sich mit der RBA UM abstimmen</li> <li>• MLUK stellte das Projekt Fokus Tierwohl vor, welches im LELF (Ref. 44) umgesetzt wird. Ziel ist u. a. ein verbesserter Wissenstransfer in die Praxis im Schweine-, Geflügel- und Rinderbereich, um Landwirte bei einer tierwohlgerechteren Nutztierhaltung zu unterstützen. Ein enge Kooperation mit bereits bestehenden Strukturen (BLAk, RBA, LBV u. v. m.) wird angestrebt.</li> </ul>
<p>Umsetzungs- stand</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• (1) Schulungskonzept wird umgesetzt bzw. regelmäßig angepasst – <b>erledigt</b></li> <li>• (8) Sachkunde wurde nicht in Änderung der TierSchNutzV aufgenommen; Standpunkt dargestellt - <b>erledigt</b></li> </ul>

<b>6</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 5</b>	<b>Freiland-, Auslaufzugang</b>

<b>Vorschläge</b>	Die Arbeitsgruppe sieht eine große Tierschutzrelevanz in der unreflektierten Forderung der Vermarktungsnormen für Eier nach einem täglichen uneingeschränkten Zugang der Hennen zu den <b><u>Auslaufflächen in der Freilandhaltung</u></b> . Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich einen <b><u>Schlechtwettererlass</u></b> für die Freilandhaltung zu verabschieden, um damit die Tiere in extremen Wettersituationen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen.
-------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Begründung/ Empfehlungen</b>	<p>Maßgebliche Rechtsgrundlage zur Regelung des Auslaufzuges in der konventionellen Freilandhaltung von Legehennen sind die Vermarktungsnormen für Eier. Unsicherheiten und Nachfragen ergeben sich auf deutscher Ebene immer wieder bezüglich der genauen Handhabung des dort geregelten Auslaufzuges bei der Freilandhaltung. Probleme ergeben sich, wenn der Legehennenhalter wünscht, aus rationalen Beweggründen, wie beispielsweise extremen Wetterlagen, eine zusätzliche Einschränkung des Auslaufes vorzunehmen. Hierzu ist ein entsprechender Erlass des Landes Brandenburg notwendig.</p> <p><i>Rechtliche Grundlage</i></p> <p>Gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2017/2168 der Kommission vom 20. September 2017 zur Änderung des Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 589/2008 des Rates über die Vermarktungsnormen für Eier aus Freilandhaltung bei Beschränkung des Zugangs der Hennen zu einem Auslauf im Freien wird bestimmt, dass den Hennen tagsüber ein uneingeschränkter Auslauf zu gewährt ist. Weiter heißt es unter dem Punkt 1a): „Sofern auf der Grundlage des Unionsrechts verhängte Maßnahmen eine Beschränkung des Zugangs der Hennen zu einem Auslauf im Freien zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier erforderlich machen, dürfen Eier unbeschadet dieser Beschränkung als „<i>Eier aus Freilandhaltung</i>“ vermarktet werden, sofern der Zugang der Legehennen zu einem Auslauf im Freien nicht während eines zusammenhängenden Zeitraums von mehr als 16 Wochen beschränkt worden ist.“</p> <p>Aus dieser Formulierung kann durchaus geschlossen werden, dass dem Legehennenhalter ein gewisser Ermessensspielraum zum Schutz der Tiergesundheit (Tiergesundheitsrecht) eingeräumt wird. Die hier dargelegte Einordnung ist allerdings ausdrücklich nicht als grundlegende Legitimation einer Auslaufbeschränkung nach alleinigem Ermessen des Halters zu verstehen. Notwendig ist hier ein entsprechend klarstellender Erlass des jeweiligen Bundeslandes, der diese Option ausdrücklich einräumt. In <u>Mecklenburg-Vorpommern</u> darf gemäß dem Erlass vom 23.09.2014 der Auslaufbeginn bis längstens zum Ende der 25. Lebenswoche verschoben werden, wenn dieser in eine Schlechtwetterphase fällt oder die Futteraufnahme beziehungsweise die Körperentwicklung noch unzureichend ist. Der <u>badenwürttembergische</u> Legehennenhalter darf, entsprechend dem Erlass vom 19.11.2015, nun bei außergewöhnlichen Witterungsumständen, wie Sturm, Hagel oder starken und anhaltenden Regenfällen, den Zugang zum Auslauf beschränken. Die Beschränkung ist zu protokollieren und vor Beginn</p>
-------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>dem zuständigen Regierungspräsidium anzuzeigen. Beide Regelungen stehen somit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen einer guten fachlichen Praxis und helfen den Wirtschaftsbeteiligten, den Aspekt der Tiergesundheit bei der täglichen Arbeit zukünftig noch stärker zu berücksichtigen.</p> <p>Auch die brandenburgischen Eierproduzenten wünschen sich, im Rahmen der guten fachlichen Praxis sowie aufgrund von Erfahrung und Sachverstand, mehr Entscheidungsspielraum hinsichtlich der Öffnung der Ausläufe und somit eine praktikablere Umsetzung der Richtlinien. Die Länder Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern haben hier bereits den dringend notwendigen Handlungsbedarf erkannt und durch entsprechende Erlasse den Weg zu mehr Tierwohl geebnet. Um einer sachgerechten Lösung noch näher zu kommen, sehen die deutschen Legehennenhalter die <b>Notwendigkeit einer einheitlichen, auf Bundes- und Länderebene</b> abgestimmten, Vorgehensweise. Ein hierzu seitens der <u>Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL)</u> vorgelegter detaillierter Auslegungsvorschlag wurde leider nicht weiter verfolgt, obwohl er seitens der Hennenhalter als äußerst zielführend beurteilt wurde und die Forderung nach mehr Tierschutz erfüllt! Die LfL plädiert für eine Ausnahme bei verschiedenen extremen Ausprägungen von Wetterfaktoren, tierärztlichen Anordnungen oder im Falle von Pflegemaßnahmen, die leicht nachprüfbar sind und durch den Halter dokumentiert werden können, beziehungsweise sogar obligatorisch über die zugelassenen Wetterstationen erfasst werden. Die brandenburgischen Legehennenhalter streben daher aus Rücksicht auf die Gesundheit der Tiere und zum Schutz der Umwelt an, die Auslaufnutzung im gesetzlichen Rahmen der 16-Wochenregelung nach eigenem Ermessen zeitweilig einschränken zu dürfen. Hierdurch würde dem Halter witterungsbedingt sowohl eine zeitverzögerte Öffnung der Auslaufklappen als auch die komplette, zeitlich begrenzte Auslaufschließung ermöglicht. Im Zuge der endgültigen Ausgestaltung einer solchen Regelung könnten zur Unterstützung der behördlichen Überwachung Kriterien zur betrieblichen Dokumentation und Überprüfbarkeit (beispielsweise Daten der zugelassenen Messstationen des Deutschen Wetterdienstes) festgelegt werden. Um den Missbrauch einer solchen Regelung zu verhindern ist die verpflichtende Führung eines Auslaufprotokolls obligatorisch. Für die biologische Legehennenhaltung wird kein Handlungsbedarf gesehen. Hier regelt die <u>EU-Bio-Verordnung</u> bereits, dass der Zugang zum Auslauf für maximal ein Drittel der Lebenszeit eingeschränkt werden darf. Dieser Zeitraum wird als ausreichend erachtet. Die Regelungen zum Seuchenschutz bleiben davon unberührt.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Prüfung Schlechtwettererlass</li> <li>2. Bundeseinheitliche Lösung</li> </ol>
-------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zuständig	MLUK/LELF
-----------	-----------

Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelungen von MV und BW prüfen</li> <li>• Erlass durch LELF vorbereiten</li> <li>• Unterstützung bundeseinheitliche Lösungen</li> </ul>
---------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ergebnis AG-Sitzung	10.10.2018
------------------------	------------

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MLUL prüft Erlass von anderen Bundesländern und erarbeitet Schlechtwettererlass für Brandenburg.</li> </ul>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auslegungshinweise auf Homepage MLUK veröffentlicht – <b>erledigt</b></li> </ul> <p><b>Kennzeichnung von Eiern aus Freilandhaltung – Auslaufbeschränkungen</b></p> <p><u>Grundsatz:</u></p> <p>Eier dürfen mit der Kennzeichnung „Eier aus Freilandhaltung“ nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie in einem Haltungssystem erzeugt wurden, das die Mindestanforderungen des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 589/2008 erfüllt.</p> <p>Danach ist den Hennen tagsüber ab 10.00 Uhr ein uneingeschränkter Zugang zu einem Auslauf im Freien zu gewähren.</p> <p><u>Ausnahmen:</u></p> <p>Sofern auf der Grundlage des Unionsrechts verhängte Maßnahmen eine Beschränkung des Zugangs der Hennen zu einem Auslauf im Freien zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier erforderlich machen, dürfen Eier unbeschadet dieser Beschränkung als „Eier aus Freilandhaltung“ vermarktet werden, sofern der Zugang der Legehennen zu einem Auslauf im Freien nicht während eines zusammenhängenden Zeitraums von mehr als 16 Wochen beschränkt worden ist. Dieser Höchstzeitraum beginnt an dem Tag, an dem für die betreffende Gruppe gleichzeitig eingestallter Legehennen der Zugang zu einem Auslauf im Freien tatsächlich eingeschränkt wurde.</p> <p><u>Auslegungshinweise:</u></p> <p>Bei einem aufgrund seuchenrechtlicher Bestimmungen durch den zuständigen Amtstierarzt erlassenen Aufstellungsgebot ist o.g. Sachverhalt regelmäßig erfüllt.</p> <p>Werden auf tierärztliche Anweisung Medikamente bzw. Impfstoffe über das Tränkwasser verabreicht, so ist für den Behandlungstag eine Auslaufbeschränkung zulässig.</p> <p>Entsprechend einem Auslegungshinweis der Kommission ((2017) 6710079) können daneben auch andere zum Schutz der Tiere durch den Halter getroffene Entscheidungen eine Auslaufbeschränkung rechtfertigen. Diese Beschränkungen können durch Überschwemmungen oder außergewöhnliche Witterungsbedingungen gerechtfertigt sein, zu denen Stürme, Hagel, Schnee, starke oder anhaltende Regenfälle sowie durch diese Regenfälle verursachte großflächige Überschwemmungen und außergewöhnliche Bodenverhältnisse der Ausläufe gehören.</p> <p>Die Auslaufbeschränkungen sind zu beenden, sobald die o.g. Gründe nicht mehr vorliegen.</p> <p><u>Dokumentations- und Meldepflichten:</u></p>
-----------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Auslaufbeschränkungen sind durch den Tierhalter im Auslauftagebuch zu dokumentieren, die Gründe sind in geeigneter Weise nachzuweisen.

Die Auslaufbeschränkungen sind dem Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) spätestens am Tag des Beginns der Auslaufbeschränkung bis 12 Uhr unter Angabe der geplanten Dauer und des Grundes auf dem amtlichen Formular anzuzeigen.

Kontaktdaten:

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung  
Frankfurt (Oder)

Christoph Behling

Email an: Christoph Behling

Telefon: 033207 53041

Telefax: 033207 53021

Kontrollen:

Die Einhaltung der Bestimmungen zur Kennzeichnung von „Eiern aus Freilandhaltung“ ist durch das LELF im Rahmen von Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen zu überwachen.

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 6</b>	<b>Beleuchtung</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe sieht in Angaben zur Beleuchtungsstärke in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung eine hohe Relevanz für die Tiergesundheit. Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung dementsprechend auf, die <b>Anpassung der Angaben zur Beleuchtung</b> unter Berücksichtigung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu <b>fordern und aktiv voran zu treiben</b> .
Begründung/ Empfehlungen	Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung schreibt in Ställen für die Legehennenhaltung während des Tages eine <b>Beleuchtung von 20 Lux</b> vor. Diese Beleuchtungsstärke wurde jedoch seinerzeit ohne jeglichen tierbezogenen Hintergrund festgelegt. Vielmehr war es Zielstellung, dass der Arbeiter im Stall möglichst gut sehen kann. Es kann mittlerweile als bewiesen angesehen werden, dass diese Lichtstärke für den ursprünglichen Waldbewohner Huhn deutlich zu hoch ist. Hühnervögel sehen im Dämmerungslicht wesentlich besser als der Mensch. Zu hohe Lichtstärken führen bei den Tieren zu Stress und können Verhaltensstörungen wie Federpicken und Kannibalismus auslösen. Eine Vielzahl an Forschungsprojekten (z.B. Uni Osnabrück) beschäftigen sich derzeit mit dieser Thematik. Neben der Lichtstärke haben hier auch die Lampentypen in Bezug auf das Farbspektrum und die Flackerfreiheit eine herausragende Bedeutung. Die Arbeitsgruppe erachtet eine Anpassung der Vorgaben unter Einbeziehung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse als zwingend erforderlich, um eine tiergerechte Haltungsumwelt zu etablieren.
Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wissenschaftliche Erkenntnisse auswerten</li> <li>2. Vorschriften zur Beleuchtung anpassen</li> </ol>
Zuständig	MSGIV
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissenschaftliche Erkenntnisse bzw. Regelungen in anderen EU-Staaten prüfen</li> <li>• Kontaktaufnahme LAV-AG-Tier</li> </ul>
Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ziel langfristig: TierSchNutzV zu ändern entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen</li> <li>• Vorhaben wird in der AGT diskutiert, sobald es einen Beschluss gibt, wird dieser in das Handbuch aufgenommen.</li> <li>• Neue Beleuchtungsmodelle bislang noch nicht hinreichend untersucht, können Thema für MuD sein</li> </ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• (8) Beleuchtung in Legehennenställen war kein Thema bei der Änderung der TierSchNutzV - offen</li> </ul>

Stand: 15.07.2021

<b>6</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 7</b>	<b>Bau- und Immissionsschutzrecht / Zielkonflikt zw. Umwelt- und Tierschutz</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, sich für eine <b><u>Überprüfung und Anpassung der bau- und immissionsschutzrechtlichen Vorgaben</u></b> einzusetzen und so gesellschaftlich gewollte und aus Tierschutzsicht unverzichtbare Neu- und Umbaumaßnahmen von Ställen mit Außenklimabereich zu erleichtern bzw. die Nachrüstung von Ausläufen und Freilandflächen zu ermöglichen.
Begründung/ Empfehlungen	Im Bau- und Immissionsschutzrecht herrscht ein deutlicher Zielkonflikt zwischen Umwelt- und Tierschutz. In der Legehennenhaltung sind die Freilandhaltung oder zusätzliche Ausläufe an Bodenhaltungen der Tiergesundheit aufgrund der Außenklimareize und der Ausübung arbeitsintensiver Beschäftigungs- und Gefiederpflegemaßnahmen von höchstem Wert. Allerdings weisen diese Außenbereiche ein deutlich höheres Emissionspotential auf als geschlossene Stallanlagen. In Genehmigungsverfahren wird solchen Anlagen die Genehmigung daher häufig aus Gründen des Umweltschutzes versagt. Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, hier Lösungsoptionen aufzuzeigen und die bau- und immissionsschutzrechtlichen Anforderungen für tiergerechte Haltungsverfahren zu überprüfen und eine Genehmigungsfähigkeit von Anlagen mit hohem Tierschutzwert zu erleichtern.
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Zielkonflikt im Bau- und Immissionsschutzrecht auflösen</li></ul>
Zuständig	MLUK, MIL
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"><li>• Herausstellung der Zielkonflikte</li><li>• Gespräche mit MIL</li></ul>
Ergebnis AG-Sitzung	10.10.2018 <ul style="list-style-type: none"><li>• Zielkonflikt war Thema auf Herbst-AMK, kurzfristig keine Lösung</li></ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"><li>• Neue TA Luft tritt im Herbst 2021 in Kraft</li><li>• Ref. 34 strebt Änderung im BauGB (§ 35 Abs. 1, Nr. 4) an, um Änderungen an Tierhaltungsanlagen, die der Verbesserung des Tierschutzes oder des Umweltschutzes dienen, zu ermöglichen, GE auf Bundesebene wurde nicht umgesetzt, nur Regelungen für Schweinezucht</li></ul>

Stand: 15.07.2021

<b>6</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 8</b>	<b>Bau- und Immissionschutzrecht / Zielkonflikt zw. Umwelt- und Tierschutz</b>

<b>Vorschläge</b>	Die Arbeitsgruppe empfiehlt die <b><u>Aufhebung der Genehmigungspflicht</u></b> für die <b><u>Errichtung von mobilen Hühnerställen</u></b> .
-------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Begründung/ Empfehlungen</b>	Gerade unter Einsteigern in die Legehennenhaltung oder in der biologischen Haltung erfreuen sich mobile Hühnerställe zunehmender Beliebtheit. Die Errichtung mobiler Hühnerställe <u>fällt derzeit unter das Baurecht</u> . Die Landwirte haben dabei hohe bürokratische Hürden zu überwinden, um eine Baugenehmigung für mobile Hühnerställe zu erhalten. Selbst die Genehmigung kleiner Mobilställe mit 250 oder weniger Plätzen ist mit einem <u>erheblichen Aufwand und nicht selten mit Kosten von bis zu 1000 Euro</u> verbunden. Die Arbeitsgruppe fordert eine Entbürokratisierung und die Genehmigungsfreiheit für Mobilställe nach dem <u>Vorbild Niedersachsens</u> . Ein Sprecher des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums bestätigte gegenüber AGRAR-EUROPE, dass die Verfahrensfreistellung für kleine und mittlere Hühnermobile im Gesetzentwurf der niedersächsischen Landesregierung zur Änderung der Bauordnung vorgesehen ist. Die Neuregelung sieht vor, dass mobile Hühnerställe mit einem Bruttorauminhalt bis zu 450 m <sup>3</sup> und einer Auslauffläche von 7 m <sup>2</sup> je Kubikmeter, die für die Freilandhaltung und die ökologisch-biologische Legehennenhaltung genutzt werden, ohne spezielle Baugenehmigung errichtet werden können. Durch die bürokratische Erleichterung wird die tiergerechte Legehennenhaltung gefördert.
-------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Forderungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Aufhebung Genehmigungspflicht für Errichtung mobiler Hühnerställe</li></ul>
--------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Zuständig</b>	MIL, MLUK
------------------	-----------

<b>Einschätzung Fachebene</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Analyse Regelung Niedersachsen</li><li>• Prüfung Baurecht, Gespräch mit MIL</li><li>• Vorschlag Änderung Brandenburger Bauordnung</li></ul>
-----------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Ergebnis AG-Sitzung</b>	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Einfachere Regelungen zu Mobilställen wie in Niedersachsen werden derzeit auch in Brandenburg diskutiert und sind mit MIL abzustimmen.</li></ul> <p>03.06.2019</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Das MIL lehnt bislang die vereinfachte Genehmigung von mobilen Hühnerställen - größenunabhängig - ab.</li></ul> <p>26.10.2020 Sachstand</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• GE vom 22.07.2020 (Drs. 7/1697) §61 Abs. 1 wird geändert</li></ul>
--------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>g) „ortsveränderlich genutzte und fahrbereit aufgestellte Geflügelställe zum Zweck der Freilandhaltung oder der ökologisch-biologischen Geflügelhaltung, wenn diese einem landwirtschaftlichen Betrieb dienen und jeweils nicht mehr als 500 Kubikmeter Brutto-Rauminhalt sowie eine Auslaufläche haben, die mindestens 7 Quadratmeter je Kubikmeter Brutto-Rauminhalt beträgt,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• A-Sitzung am 20.08.2020 – Beschluss öffentliche Anhörung am 17.09.2020</li> <li>• Änderungsantrag DIE LINKE vom 25.08.2020 (Drs. 7/1864), keine Geflügel</li> <li>• Lesung am 26.08.2020 (Plenarprotokoll 7/19)</li> <li>• Öffentliche Anhörung am 17.09.2020 – Beschluss zur Durchführung einer schriftlichen Anhörung</li> <li>• Frist zur Abgabe abgelaufen, Ausschüsse koordinieren Posteingang Fraktionen formulieren Änderungsantrag</li> <li>• Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung erwartet Votum bis 05.11.2020 (Vertagung wahrscheinlich)</li> <li>• Voraussichtlich werden die Koalitionsfraktionen einen umfangreichen Änderungsantrag stellen, so dass eine dritte Anhörung mit Kommunalen Spitzenverbänden nicht ausgeschlossen ist</li> <li>• Ziel: Ende der Gesetzgebung (2. Lesung) im Dezember 2020</li> </ul>
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• GE am 17.12.2020 verabschiedet; mobile Ställe bis 500 Kubikmeter können ohne Baugenehmigung errichtet werden - <b>erledigt</b></li> </ul>

Stand: 15.07.2021

<b>2</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 9</b>	<b>Förder- und Genehmigungsfähigkeit</b>

<b>Vorschläge</b>	Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Landesregierung, unter Berücksichtigung der Machbarkeit, <b><u>nur noch Stallanlagen</u></b> für die Legehennenhaltung <b><u>finanziell zu fördern</u></b> , die über einen <b><u>Außenklimabereich</u></b> verfügen.
-------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Begründung/ Empfehlungen</b>	In der Legehennenhaltung kommt der Bereitstellung von Umwelt- und Außenklimareizen eine enorme Bedeutung hinsichtlich des Tierwohls zu. Die Außenklimareize stärken das Immunsystem und die Atmungsorgane und tragen so zur Gesunderhaltung bei. Durch Einstreu, das Angebot von Beschäftigungsmaterialien oder die Gestaltung als Freilandauslauf wird den Tieren die Auslebung des angeborenen Erkundungs- und Futtersuchverhaltens ermöglicht und Verhaltensstörungen vorgebeugt. Stallanlagen mit Außenklima- und Freilandbereichen sind daher als besonders tiergerecht zu bewerten. Durch eine Beschränkung der finanziellen Förderung im Rahmen von Agrarförderprogrammen (AFP) auf entsprechend ausgestattete Anlagen werden tiergerechte Haltungsverfahren gezielt unterstützt.
-------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Forderungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Nur Stallanlagen mit Kaltscharraum fördern</li></ul>
--------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Zuständig</b>	MLUK
------------------	------

<b>Einschätzung Fachebene</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Ist geltendes Recht</li></ul>
-----------------------------------	-----------------------------------------------------------------------

<b>Ergebnis AG-Sitzung</b>	10.10.2018 <ul style="list-style-type: none"><li>• lt. Premiumförderung muss der Stall mit einem befestigten Kaltscharraum verbunden sein.</li></ul>
--------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Umsetzungs- stand</b>	<b>Erledigt</b>
------------------------------	-----------------

Stand: 15.07.2021

<b>6</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 10</b>	<b>Förder- und Genehmigungsfähigkeit</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die <b>Abbildung</b> der im Tierschutzplan Brandenburg zusammengeführten <b>Maßnahmen in der Genehmigungsfähigkeit</b> von Anlagen für die Geflügelhaltung.
Begründung/ Empfehlungen	Der Tierschutzplan Brandenburg ist das Leitbild für die tiergerechte Geflügelhaltung im Land Brandenburg. Die getroffenen Maßnahmen und Empfehlungen wurden gemeinschaftlich von Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und dem Aktionsbündnis erarbeitet. Sie sollen den Tierschutz im Land verbessern und den Betrieben eine verlässliche Planungsgrundlage bieten. Die Arbeitsgruppe fordert, dass die hier zusammengeführten Maßnahmen und Empfehlungen in den Genehmigungsverfahren (Neu- und Umbau) zur Haltung von Jung- und Legehennen Berücksichtigung finden. Ställe die nicht nach den Grundsätzen des Tierschutzplans bewirtschaftet werden, sind somit nicht genehmigungsfähig.
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Genehmigungsverfahren Stallbau anpassen</li></ul>
Zuständig	MLUK, MIL
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"><li>• Was ist Grundlage für Genehmigungsverfahren?</li><li>• Kontrolle, ob Umsetzung der Einzelvorschläge bereits Genehmigungsverfahren entsprechend anpasst.</li><li>• Wenn nicht, was kann auf Landesebene verändert werden? Gespräche mit LfU, MIL</li><li>• Rückspiegelung in AG, Info was genau genehmigungsrelevant sein soll</li></ul>
Ergebnis AG-Sitzung	10.10.2018 <ul style="list-style-type: none"><li>• Bei Genehmigungsverfahren werden die Veterinärbehörden beteiligt. Rücksprache mit Frau Dr. Possardt, welche Bedingungen festgeschrieben sind.</li><li>• Klärung mit MIL welche technischen und tierwohlfördernde Details in Baugenehmigungen berücksichtigt werden können.</li></ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"><li>• Antwort des MIL: Ob Empfehlungen aus dem Tierschutzplan als Nebenbestimmungen in die Baugenehmigung aufgenommen werden können, muss im <u>Einzelfall</u> unter Beachtung des § 36 VwVfG geprüft werden.</li><li>• <b>erledigt</b></li></ul>

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 11</b>	<b>Ausstallen/Transportschäden</b>
Vorschläge	Neben der Haltung der Tiere hat auch der Umgang mit den Hennen bei der Ein-, Um- und Ausstallung sowie der Tiertransporte selbst eine große Tierschutzrelevanz. Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher die <b><u>Übernahme der KAT Empfehlung</u></b> als Maßstab für ein tiergerechtes Verhalten.
Begründung/ Empfehlungen	Das Ein-, Um- und Ausstallen wird häufig von spezialisierten Unternehmen unternommen, deren Mitarbeiter intensiv geschult wurden. In der Vergangenheit wurde dennoch von grobem Verhalten und schlechten Transportbedingungen berichtet. Der KAT-Verein für kontrollierte alternative Tierhaltungsformen e.V. hat hierzu einen Leitfaden entwickelt, der von allen KAT-Mitgliedern verpflichtend eingehalten werden muss. Das Empfehlungsschreiben umfasst dabei vorbereitende Maßnahmen sowie die Durchführung der Ein- und Ausstallung selbst. Die Arbeitsgruppe empfiehlt, die Einführung und Kontrolle der Einhaltung der im KAT Empfehlungsschreiben getroffenen Anforderungen für alle in Brandenburg ansässigen Jung- und Legehennenbetriebe. Hierbei sind aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse, z.B. zum Tragen an zwei Beinen, zu berücksichtigen.
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anwendung der KAT-Empfehlung</li> </ul>
Zuständig	MSGIV
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KAT-Papier mit HB vergleichen</li> <li>• Gespräch mit ZDG über aktuelle Umsetzung</li> <li>• Gespräch mit AG HB Tiertransporte</li> <li>• Prüfung Marktdurchdringung KAT</li> </ul>
Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Fangen der Tiere findet meist durch zertifizierte Fangtruppen statt.</li> <li>• Ca. 95 % der Legehennenbetriebe sind KAT-Betriebe.</li> <li>• Die KAT-Empfehlungen sollen auf Homepage veröffentlicht werden.</li> <li>• Das Handbuch wird zunächst überprüft, evtl. durch LAVG zusätzlichen Absatz zum Thema ordnungsgemäßes Fangen/Sachkunde aufnehmen (Uni München hat zum Thema Fangen Untersuchungen durchgeführt).</li> <li>• Kontrolle derzeit: Veterinäre im Schlachthof erfassen Anzahl an Knochenbrüchen bei am Schlachtband hängenden Tieren. Diese Zahlen werden an den Landwirt gemeldet und können auf unsachgemäßes Fangen hinweisen.</li> </ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KAT-Empfehlungen sind auf Homepage MLUK verlinkt</li> <li>• Aufnahme in Handbuch - offen</li> </ul>

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 12 a</b>	<b>Jungehennen - Haltungsbedingungen</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die Aufnahme von <u>Regelungen zur Haltung von Jungehennen</u> in die TierSchNutztV. Bis dahin sollen die Kriterien aus der bundeseinheitlichen Haltungsleitlinie für Jung- und Legehennen (Bundesverband Deutsches Ei e.V./ Zentralverband der Deutschen Geflügelhaltung e.V.) zur Anwendung kommen.
Begründung/ Empfehlungen	Für die Junghennenaufzucht fehlen in Deutschland rechtliche Regelungen. In der Tierschutz- Nutztierhaltungsverordnung sind ausschließlich die Legehennen abgebildet. Die Arbeitsgruppe vertritt die Auffassung, dass auch die Aufzucht von Junghennen in den Grundzügen rechtlich fixiert werden sollte und fordert die Landesregierung auf, die <u>Aufnahme der Junghennenaufzucht in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung</u> zu fordern. Grundlage hierfür ist eine intensive Abstimmung und wissenschaftliche Betrachtung des vorzulegenden <u>Verordnungsentwurfes durch alle Interessensverbände</u> . Bis zur Veröffentlichung der Verordnung sollen die <u>Haltungsleitlinien für Jung- und Legehennen des Zentralverbands der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V. / Bundesverbands Deutsches Ei e.V.</u> zur Anwendung kommen. Hierfür ist ein entsprechender Erlass des Landes Brandenburg notwendig.
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufnahme Junghennenzucht in TierSchNutztV</li> </ul>
Zuständig	MSGIV
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderung gegenüber BMEL formulieren</li> </ul>
Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Leitlinie von KAT wird bald veröffentlicht. Diese soll als Grundlage für einen möglichen Erlass dienen. Aus diesem Grund wäre es empfehlenswert, mit dem Erlass zu warten. Langfristig sollen Forderungen in TierSchNutztV.</li> </ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wurde nicht in Änderung der TierSchNutztV aufgenommen; Standpunkt dargestellt - <b>erledigt</b></li> </ul>

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 12 b</b>	<b>Jungehennen - Haltungsbedingungen</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die Aufnahme von <u>Regelungen zur Haltung von Jungehennen</u> in die TierSchNutzV. Bis dahin sollen die Kriterien aus der bundeseinheitlichen Haltungsleitlinie für Jung- und Legehennen (Bundesverband Deutsches Ei e.V./ Zentralverband der Deutschen Geflügelhaltung e.V.) zur Anwendung kommen.
Begründung/ Empfehlungen	Für die Junghennenaufzucht fehlen in Deutschland rechtliche Regelungen. In der Tierschutz- Nutztierhaltungsverordnung sind ausschließlich die Legehennen abgebildet. Die Arbeitsgruppe vertritt die Auffassung, dass auch die Aufzucht von Junghennen in den Grundzügen rechtlich fixiert werden sollte und fordert die Landesregierung auf, die <u>Aufnahme der Junghennenaufzucht in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung</u> zu fordern. Grundlage hierfür ist eine intensive Abstimmung und wissenschaftliche Betrachtung des vorzulegenden <u>Verordnungsentwurfes durch alle Interessensverbände</u> . Bis zur Veröffentlichung der Verordnung sollen die <u>Haltungsleitlinien für Jung- und Legehennen des Zentralverbands der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V. / Bundesverbands Deutsches Ei e.V.</u> zur Anwendung kommen. Hierfür ist ein entsprechender Erlass des Landes Brandenburg notwendig.
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Haltungsleitlinien des ZDG verpflichtend einführen</li> </ul>
Zuständig	MSGIV
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Haltungsleitlinien analysieren</li> <li>• Gespräch mit ZDG zum Umsetzungsstand</li> <li>• Verordnungsentwurf der Interessenverbände</li> <li>• Kontakt LAV-AG-Tier</li> <li>• Erlass prüfen</li> </ul>
Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Leitlinie von KAT wird bald veröffentlicht. Diese soll als Grundlage für einen möglichen Erlass dienen. Aus diesem Grund wäre es empfehlenswert, mit dem Erlass zu warten.</li> </ul> <p>03.06.2019</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlegende Erläuterung der Möglichkeit und Wirksamkeit eines Erlasses → Erlass richtet sich nicht an den Tierhalter sondern an die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter und dient dem einheitlichen Vollzug</li> </ul>

Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"><li>• Erlasse können sich immer nur an die nachgeordnete Behörde richten und dienen der Rechtsauslegung bestehender Gesetze – <b>erledigt</b></li><li>• Bundeseinheitliche Leitlinien sind in der Branche abgestimmt und daher grundsätzlich verbindlich</li><li>• Aufnahme in TierSchNutzV – langfristig (s. 12a)</li></ul>
----------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>5</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 13</b>	<b>Männl. Eintagsküken - Tötung männlicher Eintagsküken</b>

<b>Vorschläge</b>	Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, die <u>wissenschaftlichen Forschungen</u> an der Geschlechtsfrüherkennung im Ei zu <u>unterstützen</u> .
-------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Begründung/ Empfehlungen</b>	Das Land Brandenburg verfügt selbst über keine kommerziellen Legehennenbrütereien. Demensprechend findet in Brandenburg auch keine Geschlechtsselektion mit anschließender Tötung männlicher Eintagsküken statt. Ungeachtet dessen liegt in dieser Thematik eine große Bedeutung für den Tierschutz. Die Legehennenbranche hat hierzu bereits die „Vereinbarung zur Verbesserung des Tierwohls, insbesondere zum Verzicht auf das Schnabelkürzen in der Haltung von Legehennen und Mastputen“ unterzeichnet und erklärt auf das Töten der männlichen Küken verzichten zu wollen, sobald eine geeignete praxistaugliche Lösung auf dem Markt ist. Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung deshalb auf, die Forschungen zur Geschlechtsfrüherkennung im Ei zu unterstützen, wenn nötig finanziell zu fördern und pro-aktiv zu begleiten.
-------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Forderungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung der Forschung zur Geschlechtsfrüherkennung</li> </ul>
--------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Zuständig</b>	MLUK
------------------	------

<b>Einschätzung Fachebene</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse der Forschungslandschaft</li> <li>• Ggf. Förderung der Selektionsautomaten</li> </ul>
-----------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Ergebnis AG-Sitzung</b>	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weltweit gibt es noch keine praxisreife Lösung.</li> <li>• Brandenburg befürwortet weitere Forschung.</li> <li>• Brandenburg hat derzeit keine eigenen Geflügelforschungskapazitäten.</li> <li>• In Brandenburg gibt es keine kommerziellen Legehennenbrütereien.</li> </ul> <p>26.10.2020</p> <p>Sachstand: Verzicht auf das Töten männlicher Küken → Rahmenbedingungen wurden im Gesetzentwurf vom BMEL festgelegt, danach sind ab 2024 nur Verfahren vor dem 7. Tag zulässig → bislang gibt es dafür keine praxisreife Lösung</p> <p>11.06.2021</p> <p>Umsetzung der Änderung des Tierschutzgesetzes (Verbot des Kükentötens) durch KAT</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ab dem 01.05.2022 muss bei jeder Neueinstellung von KAT-Legehennen das Verfahren zur Vermeidung des Kükentötens je Printnummer in der KAT-Datenbank angegeben werden. Betriebe, die ab diesem Zeitpunkt bei einer Neueinstellung keine Selektionsverfahren oder eine Hahnenaufzucht nachweisen können, verlieren das KAT-Logo.</li> </ul>
--------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ab dem 01. Januar 2024 darf kein Ei mehr unter dem KAT-Siegel verkauft werden, das von einer Legehennen stammt, deren männliches Pendant als Küken getötet wurde.</li> </ul> <p>Diskussion:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Arbeitsgruppe merkt an, dass die festgelegten Zielgewichte für die Bruderhähne, besonders bei den weißen Legerassen schwierig zu erreichen sein dürften.</li> <li>• Laut KAT handelt sich um einen Kompromiss der Tierhalter, die schon die Bruderhähne aufziehen. Ein Alter von 70 Tagen und ein Gewicht von 1.300 g sind als Mindestanforderungen zu sehen.</li> <li>• Als Lösungsmöglichkeiten sind weder die Bruderhahnaufzucht (fehlende Kapazitäten an Stallplätzen) noch die Nutzung von Zweinutzungsrassen (Genetik gibt die benötigten Leistungen für den Markt bisher nicht her) ausgereift.</li> </ul> <p>Welche Wege präferieren die verschiedenen Interessensgruppen (Aufzucht der Hähne der Legelinien oder Zweinutzungshühner)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Arbeitsgruppe schätzt die Verbraucherakzeptanz der Alternativen zum Kükentöten als sehr gering ein. Es scheitert im Moment nicht nur an der Akzeptanz eines höheren Preises, sondern auch der Akzeptanz an einer geringeren Eigröße. Bislang bleibt die Praxis daher bei den Legelinien, die bisher eingesetzt wurden.</li> </ul> <p>Welche Probleme (z. B. Unterbringung, rechtlicher Rahmen, Verarbeitung, Vermarktung) werden gesehen und welche Hilfestellungen werden benötigt für die Umsetzung?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• geringe Anzahl leerer Ställe</li> <li>• Erhalt einer Genehmigung durch das Bauamt, selbst bei einer Umnutzung von Ställen, in denen bereits Geflügel gehalten wurde.</li> </ul>
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Brandenburg befürwortet Forschung zur Geschlechtsfrüherkennung, wird jedoch keine eigene Forschung dazu durchführen - <b>erledigt</b></li> </ul>

Stand: 15.07.2021

<b>4,5</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 14</b>	<b>Männl. Eintagsküken - Tötung männlicher Eintagsküken</b>

Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, sich mit der <b><u>Thematik des Zweinutzungshuhns</u></b> intensiv zu beschäftigen und die <b><u>Machbarkeit</u></b> ethisch, ökonomisch und aus Sicht des Ressourcenschutzes zu <b><u>bewerten</u></b> .
------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Begründung/ Empfehlungen	In der gesellschaftlichen Diskussion kommt der möglichen Mast männlicher Küken aus Legehennenküken ein hoher Stellenwert zu. Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, sich intensiv mit der Thematik „ <u>Bruderhähne und Zweinutzungsrassen</u> “ zu beschäftigen und eine <u>Bewertung</u> abzugeben, die ethische und ökonomische Gesichtspunkte sowie den Ressourcenschutz beinhaltet. <u>Themenbezogene Projekte</u> , die der Bewertung und Einordnung der Machbarkeit dienen, sollen durch die Landesregierung <u>gefördert</u> und finanziell unterstützt werden.
-----------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Forderungen	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Bewertung von Zweinutzungsrassen</li><li>2. Förderung von Projekten/Studien</li></ol>
-------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zuständig	MLUK
-----------	------

Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"><li>• Analyse vorhandener Studien</li><li>• Prüfung Durchführung von Projekten</li></ul>
---------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Themenbezogene Projekte sollen von der Landesregierung begleitet/unterstützt werden.</li><li>• Förderlich wäre eine Zusammenfassung bisher durchgeführter Studien und diese evtl. auf der Homepage des MLUL zu veröffentlichen.</li></ul> <p>26.10.2020</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Benennung von Demonstrationsbetrieben →MLUK bittet die AG um Benennung von Parametern die Legehennenhalter erfüllen müssen, um als Demonstrationsbetrieb benannt werden zu können. →MLUK bittet geeignete Betriebe vorzuschlagen</li></ul>
------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"><li>• (4) Projekte auf Vorschlag AG möglich - offen</li><li>• (5) keine Forschung - <b>erledigt</b></li></ul>
----------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Stand: 15.07.2021

<b>5</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 15</b>	<b>Forschung und Entwicklung - Entwicklung tierschutzgerechter Haltungsverfahren</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, <b>Forschungsgelder</b> für die <b>Weiterentwicklung tiergerechter Haltungsverfahren</b> zur Verfügung zu stellen.
Begründung/ Empfehlungen	Die Frage welche Haltungsverfahren wirklich tiergerecht sind und welche Entwicklung zu einem noch besseren Tierschutz beitragen können uns nur breit angelegte und wissenschaftlich begleitete Forschungsprojekte beantworten. Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung daher auf, entsprechende Forschungsgelder für die Weiterentwicklung tiergerechter Haltungssysteme zur Verfügung zu stellen. Wichtige Themenfelder in der aktuellen Forschung sind dabei der <u>Einfluss von Besatzdichte, Beleuchtung und Fütterung auf die Tiergesundheit</u> sowie der Einsatz von Zweinutzungsrasen.
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Forschung zu tiergerechter Haltung fördern</li></ul>
Zuständig	MLUK
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"><li>• Analyse Forschungsergebnisse Haltung, insbesondere zu Besatzdichte, Beleuchtung, Fütterung, Einsatz von Zweinutzungsrasen</li><li>• Forschungsförderung</li></ul>
Ergebnis AG-Sitzung	10.10.2018 <ul style="list-style-type: none"><li>• Möglichkeiten im Rahmen von MuDs als Projektversuch, unter wissenschaftlicher Begleitung</li></ul> 26.10.2020 <ul style="list-style-type: none"><li>• Benennung von Demonstrationsbetrieben →MLUK bittet die AG um Benennung von Parametern die Legehennenhalter erfüllen müssen, um als Demonstrationsbetrieb benannt werden zu können. →MLUK bittet AG geeignete Betriebe vorzuschlagen</li></ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"><li>• Fortführung des Projekts des LELF,</li><li>• weitere Projekte auf Vorschlag AG mit wissenschaftlicher Begleitung u.a. durch Uni möglich</li><li>• Keine Forschung dazu in Brandenburg - <b>erledigt</b></li></ul>

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 16</b>	<b>Zulassung tierischer Futterstoffe</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, eine <u>sachliche, öffentliche Diskussion</u> über die <u>Bedeutung tierischer Futterstoffe</u> in der Legehennenhaltung zu unterstützen.
Begründung/ Empfehlungen	Die Verfütterung tierischer Fette an Geflügel ist seit 2009 in Deutschland wieder zugelassen. Die Verfütterung tierischer Proteine ist auch in der Geflügelfütterung nahezu vollständig verboten. Dagegen stehen die Vorbehalte der Verbraucher und des Lebensmitteleinzelhandels. Dem Verbraucher sowie dem Lebensmitteleinzelhandel scheint zu wenig bewusst, dass das Huhn ein Allesfresser ist und in der Natur pflanzliche und tierische Futterstoffe aufnimmt, um seinen Bedarf an essentiellen Nährstoffen zu decken. Besonders hochwertige Eiweiße dürfen in der Geflügelfütterung nicht fehlen, so wären Hämoglobinpulver, Blutmehl und Fleischknochenmehl exzellente Eiweißlieferanten mit einem Aminosäurespektrum, das insbesondere für Küken und Junghennen optimal geeignet ist. Zudem ist es aus ökologischer Sicht wesentlich nachhaltiger tierische Proteine als Futter anstatt als Düngemittel oder Kompost einzusetzen. Alternative pflanzliche Eiweißquellen, wie z.B. Soja, werden ebenfalls geschont. Damit der Einsatz tierischer Futterstoffe für die bedarfsgerechte Geflügelernährung wieder breiter erfolgen kann, muss die Akzeptanz am Markt bei allen Stufen der Lebensmittelkette, der Politik und dem Verbraucher geschaffen werden. Hier ist dringend eine sachliche Diskussion und grundlegende Aufklärungsarbeit nötig. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, die Aufklärung mit geeigneten Mitteln zu unterstützen.
Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Tierische Futterstoffe in Geflügelfütterung zulassen</li> <li>2. Akzeptanz am Markt schaffen</li> </ol>
Zuständig	MdJEV
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskussion auf EU- und Bundesebene</li> </ul>
Ergebnis AG-Sitzung	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kurzfristig: MdJEV soll Bundesratsinitiative in AMK einbringen.</li> <li>• Langfristig: EU-weite Regelung für die Verfütterung von Fleischknochenmehl in der Geflügelhaltung, statt Soja aus dem Ausland zu importieren.</li> </ul> <p>03.06.2019</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ressourcen-Effizienz-Studie der Nachhaltigkeit der Verfütterung tierischer Proteine gegenüber von Sojaprotein gefordert</li> <li>• Ökoverbände befürworten es auch, tierische Proteine als Futter für Legehennen zuzulassen</li> <li>• Prof. Brunsch wird einen Ansatz für ein Papier prüfen</li> </ul>

	<p>11.06.2021</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auf EU-Ebene wird derzeit diskutiert tierische, verarbeitete Stoff der Kategorie 3 in der Geflügelhaltung einzusetzen.</li> <li>• Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Juli 2011 zu den EU-Rechtsvorschriften zu transmissiblen spongiformen Enzephalopathien (TSE) und zu zugehörigen Kontrollen von Futter- und Lebensmitteln – Umsetzung und Ausblick, <a href="https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-7-2011-0328_DE.html?redirect">https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-7-2011-0328_DE.html?redirect</a>.</li> </ul> <p>„...Der wichtigste einschränkende Faktor für eine weitere Aufhebung der Bedingungen des Verfütterungsverbots für Nichtwiederkäuer war, dass es keine entsprechenden Laborverfahren zur Überprüfung der Art des verarbeiteten tierischen Eiweißes gab, wenn dieses in Futtermitteln vorhanden ist, die insbesondere für Schweine und Geflügel gedacht sind. Die Kommission konnte jedoch dank der Fortschritte in den letzten Jahren im Bereich Laborverfahren im Jahr 2019 tatsächlich eine Besprechung mit den Fachleuten der Mitgliedstaaten über eine neue Änderung des Verfütterungsverbots lancieren. Es wird vorgeschlagen, die Fütterung von Nichtwiederkäuern mit verarbeitetem tierischem Eiweiß aus Insekten zu bewilligen und die Fütterung von Geflügel mit verarbeitetem tierischem Eiweiß aus Schweinen sowie die Fütterung von Schweinen mit verarbeitetem tierischem Eiweiß aus Geflügel erneut zu bewilligen....“</p>
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Läuft</li> <li>• Kurz- bis mittelfristig jedoch nicht umsetzbar, da EU-Recht</li> </ul>

Stand: 15.07.2021

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 17</b>	<b>Elterntiere – Rechtliche Grundlagen</b>

<b>Vorschläge</b>	Die Arbeitsgruppe fordert die Aufnahme von <b><u>Regelungen zur Haltung von Legehennen-Elterntieren</u></b> in die <b><u>Tier- SchNutztV</u></b> .
-------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Begründung/ Empfehlungen</b>	Für die Haltung von Legehennen-Elterntieren fehlt es derzeit an spezifischen rechtlichen Vorgaben. In der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung sind bislang ausschließlich die Legehennen abgebildet. In Brandenburg werden derzeit keine Legehennen-Elterntiere gehalten. In der Bundesrepublik Deutschland orientiert sich die Elterntierhaltung grundlegend an den Anforderungen für die Legehennenhaltung, dass überschüssige Eier als Konsumeier vermarktet werden. Spezielle Handlungsrichtlinien für Elterntiere gibt es jedoch nicht. Die Arbeitsgruppe vertritt die Auffassung, dass auch die Haltung von Legehennen- Elterntieren in den Grundzügen rechtlich fixiert werden sollte und empfiehlt der Landesregierung die Aufnahme der Elterntiere in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zu fordern. Grundlage hierfür ist eine intensive Abstimmung und wissenschaftliche Betrachtung des vorzulegenden Verordnungsentwurfes durch alle Interessensverbände.
-------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Forderungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Aufnahme Haltung von Legehennen-Elterntieren in TierSchNutztV</li></ul>
--------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Zuständig</b>	MSGIV
------------------	-------

<b>Einschätzung Fachebene</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Forderung gegenüber BMEL formulieren</li></ul>
-----------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------

<b>Ergebnis AG-Sitzung</b>	10.10.2018 <ul style="list-style-type: none"><li>• Es gibt keine Legehennenelterniere in Brandenburg, dafür in NDS, NRW, H</li><li>• Brandenburg unterstützt Aufnahme in TierSchNutztV, aber es wird keine eigene Bundesinitiative geben.</li></ul>
--------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Umsetzungs- stand</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• wurde nicht in Änderung der TierSchNutztV aufgenommen; Standpunkt dargestellt - <b>erledigt</b></li></ul>
------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>2,3</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 18</b>	<b>Vermarktung/Wirtschaftsethik - Nachhaltige Produktion</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung auf, eine <b><u>nachhaltige regionale Lebensmittelproduktion</u></b> zu unterstützen und stärker zu fördern und das <b><u>Bewusstsein</u></b> für zusätzliche Kosten durch Tierwohlmaßnahmen <b><u>beim Verbraucher</u></b> und im <b><u>Lebensmitteleinzelhandel</u></b> zu schärfen.
Begründung/ Empfehlungen	„Tierwohl kostet Geld!“ Diese einfache Weisheit ist leider noch nicht zu den meisten Verbrauchern und dem Lebensmitteleinzelhandel durchgedrungen. Dumpingpreise und Aktionsangebote stehen in der Kritik an den Systemen der modernen Tierhaltung. Dem gegenüber haben besonders in der Geflügelhaltung und speziell in der Legehennenhaltung in den vergangenen Jahren enorme Umstrukturierungen zu einem Mehr an Tierwohl in Verbindung mit nachhaltigeren Produktionsmethoden stattgefunden. Neue Haltungseinrichtungen, mehr Platz, Außenklimabereiche, der Verzicht auf das Schnabelkürzen, der Einsatz von zusätzlichen Beschäftigungsmaterialien usw. sind mit Kosten für den Erzeuger verbunden. Über die Verbraucherpreise wird dieser Leistungszuwachs aber nicht oder nur ungenügend honoriert. Die Arbeitsgruppe fordert die Landesregierung daher auf, eine <u>nachhaltige regionale Lebensmittelproduktion</u> zu unterstützen und stärker <u>zu fördern</u> und das Bewusstsein für zusätzliche Kosten durch Tierwohlmaßnahmen beim Verbraucher und beim Lebensmitteleinzelhandel zu schärfen. Mit dem <u>Verband pro agro e.V.</u> zur Förderung des ländlichen Raumes in der Region Brandenburg-Berlin steht der Landesregierung ein starker und verlässlicher Partner zur Seite, wenn es darum geht sich für regionale Produkte aus Brandenburg, deren Vermarktung und Wertschätzung und eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Dieses wichtige <u>Netzwerk aus Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft, Vermarkter sowie dem Land- und Naturtourismus sollte daher unbedingt erhalten, gefördert und ausgebaut werden.</u> Dem Trend zur Regionalität folgend sollte ebenfalls <u>Aufbauarbeit in der regionalen Erzeugung geleistet und tragfähige Vermarktungs- und Absatzwege geschaffen werden.</u>
Forderungen	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Nachhaltige Produktion fördern</li> <li>2. Pro agro e.V. als Netzwerk zwischen Erzeugern, Vermarktern und touristischen Anbietern fördern</li> <li>3. Erzeugergenossenschaften und regionale Vermarktung fördern</li> </ol>
Zuständig	MLUK
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung nachhaltiger / tiergerechter Produktion prüfen</li> <li>• Pro agro e.V. überprüfen auf Aufgaben, Ziele, Umsetzung und derzeitige Finanzierung – eventuell Projektfinanzierung</li> <li>• Überprüfung Richtlinien zur Vermarktung</li> </ul>
Ergebnis AG-Sitzung	10.10.2018

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisationen zur Absatzförderung nachhaltiger regionaler tierischer Lebensmittel unterstützen, entsprechende Haushaltsmittel einstellen</li> <li>• Gespräch z. B. mit pro agro e.V., ob Absatzförderungen hinsichtlich TSP geschärft werden können</li> </ul> <p>03.06.2019</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• MLUL stellt überarbeitete Richtlinie Marktstrukturverbesserung (veröffentlicht am 08.05.2019) vor.</li> <li>• Ziel der RL, die Einkommenssituation von Landwirten soll über geförderte Verarbeitung/Vermarktung durch Erzeugergemeinschaften bzw. Kooperation verbessert werden. Die Vermarktung der eigenen Produkte (durch Landwirte) wird über die Richtlinie des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft über die Gewährung von Zuwendungen für einzelbetriebliche Investitionen gefördert.</li> <li>• Neu: Bagatellgrenze auf 5.000 € abgesenkt, höhere Fördersätze für Qualitätsprodukte, Ausweitung des Kreises der Antragsberechtigten auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU).</li> </ul>
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verarbeitung und Vermarktung kann im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung im Bereich der Marktstrukturverbesserung (GAK) gefördert werden – <b>erledigt</b></li> <li>• Pro agro e.V. erhält für verschiedene Projekte Fördermittel vom Land Brandenburg bzw. über den ELER (z.B. über die Richtlinie des MLUK über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der Zusammenarbeit von Kleinstunternehmen bei der Vermarktung landtouristischer Angebote und Dienstleistungen, Mittel zur Absatzförderung (Tittelgruppe 83), im Rahmen eines EU-Marketingprojektes zur Information über neue Marketingmethoden, Mittel zur Ausrichtung der Landpartie und von Dorf- und Erntefesten...) - <b>erledigt</b></li> </ul>

<b>4</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 19</b>	<b>Modell- und Demonstrationsbetriebe – Verbraucheraufklärung / Forschung zu besonders tierschutzgerechten Haltungsverfahren</b>

<b>Vorschläge</b>	Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Landesregierung die <b><u>Finanzierung je eines Modell- und Demonstrationsbetriebes</u></b> zur Verbraucheraufklärung sowie zur Forschung zu besonders tierschutzgerechten Haltungsverfahren. Die Modellvorhaben sollten umfassend <b><u>wissenschaftlich begleitet</u></b> werden.
-------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Begründung/ Empfehlungen</b>	<p>Das übergeordnete Ziel von Modell- und Demonstrationsbetrieben ist der effektive <u>Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis</u>. Des Weiteren sieht die Arbeitsgruppe aber vor allem auch die Notwendigkeit der <u>Verbraucheraufklärung</u>, die an modellhaften Vorzeigebetrieben am effektivsten erscheint. Da diese Schwerpunkte schwer zu vereinen sind, empfiehlt die Arbeitsgruppe <u>getrennte Modell- und Demonstrationsbetriebe</u> zum einen für weiterführende Forschungen zu tiergerechten Haltungsverfahren oder -techniken und zum anderen, um wissbegierigen Menschen einen hohen Tierschutzstandard am praktischen Beispiel zu erläutern. Die umfassende wissenschaftliche Begleitung der Betriebe ist durch geeignete und erfahrene Forschungseinrichtungen abzusichern. Fraglich bleibt, inwieweit ein einzelner Betrieb den Anforderungen gerecht werden kann. Im Hinblick auf den Aspekt „Verzicht auf das Schnabelkürzen“ empfehlen sich ausgewählte Versuchsbetriebe des LELF.</p> <p>Aus der Arbeitsgruppe heraus empfehlen sich weiter die Ställe der <i>Beelitzer Frischei e.G. und der Spreenhagener Vermehrungsbetrieb für Legehennen GmbH</i>, die sich durch besonders artgerechte Haltungsverfahren und einen hohen Tierschutzstandard auszeichnen. Eine <u>Aufwandsentschädigung</u> ist obligatorisch. In Bezug auf eine gegebenenfalls notwendige Öffnung für die Öffentlichkeit, muss dabei dringend ein ungestörtes wirtschaftliches Arbeiten, die Vermeidung von Stress für die Tiere sowie der Seuchenschutz Beachtung finden. Der Zugang für die Öffentlichkeit sollte ggf. durch einzelne offene Tage der Demonstrationsbetriebe oder entsprechendes Filmmaterial auf der Webseite beschränkt werden. Im Hinblick auf anstehende Genehmigungsverfahren (Änderungsverfahren) ist zudem der Bestandsschutz der Modell- und Demonstrationsbetriebe zu prüfen.</p>
-------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Forderungen</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Einrichtung von Modell- und Demonstrationsbetrieben (getrennt?!)             </li> <li>2. Wissenschaftliche Begleitung             </li> <li>3. Verbraucheraufklärung             </li> <li>4. Bestandsschutz in Genehmigungsverfahren für MuD             </li> </ol>
--------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Zuständig</b>	MLUK
------------------	------

<b>Einschätzung der Fachebene</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Thema der MuD definieren</li> <li>• Betriebe, Tierärzte, Verbände, Berater ansprechen</li> <li>• Betriebsbesichtigung</li> <li>• Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>• Finanzielle Unterstützung klären</li> </ul>
---------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Ergebnis AG-Sitzung</p>	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Modellbetriebe zur Erprobung tiergerechter Haltungsverfahren und Demonstrationsbetriebe zur Aufklärung des Fachpublikums und der Öffentlichkeit werden eingerichtet.</li> </ul> <p>26.10.2020</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Benennung von Demonstrationsbetrieben  →MLUK bittet die AG um Benennung von Parametern die Legehennenhalter erfüllen müssen, um als Demonstrationsbetrieb benannt werden zu können.  →MLUK bittet AG geeignete Betriebe vorzuschlagen</li> </ul>
<p>Umsetzungsstand</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortführung des Projekts des LELF - <b>läuft</b></li> <li>• weitere Projekte auf Vorschlag der AG mit wissenschaftlicher Begleitung u.a. durch Uni möglich</li> </ul>

Stand: 15.07.2021

<b>8</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 20</b>	<b>Einrichtung eines Tiergesundheitsdienstes - Unterstützung der Tierhalter und Tierärzte sowie Aufklärung im Bereich Tiergesundheit</b>

<b>Vorschläge</b>	Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Landesregierung die <b><u>Einrichtung eines Tiergesundheitsdienstes</u></b> als unabhängige Beratungsstelle.
-------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Begründung/ Empfehlungen</b>	<p>Gesunde Tierbestände stehen im Mittelpunkt der Arbeit aller an der Legehennenhaltung beteiligter Interessengruppen. In zahlreichen Bundesländern wie z.B. Bayern und Nordrhein–Westfalen werden die Tierhalter, praktischen Tierärzte und Landesbehörden dabei zusätzlich von Tiergesundheitsdiensten unterstützt. Diese leisten eine wertvolle Hilfestellung durch umfangreiche Beratung z.B. in Fragen der Tierhygiene oder der vorbeugenden Krankheitsbekämpfung (auch Seuchenschutz). Eigene Labore helfen im Zweifelsfall bei der Aufklärung möglicher Krankheitsursachen. Mit ihrer Arbeit als unabhängiges Beratungsorgan leisten Tiergesundheitsdienste auch einen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und des Tierschutzes in artgerechten Haltungformen sowie des Verbraucherschutzes durch die Sicherung hochwertiger Lebensmittel. In Brandenburg fehlt eine solche Anlaufstelle bislang. Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Landesregierung daher den Aufbau eines Tiergesundheitsdienstes. Folgende Aufgabenschwerpunkte nach dem Vorbild des Tiergesundheitsdienstes Thüringen wären denkbar:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Vorbereitung, Durchführung oder fachliche Begleitung sowie Überwachung von Landesprogrammen zur Verbesserung der Tiergesundheit - Erarbeitung von konzeptionellen Lösungen bei der Sanierung der Tierbestände von übertragbaren Tierkrankheiten und Tierseuchen im Auftrag der Veterinärbehörden</li><li>- Entwicklung, Erprobung und Einführung von Methoden und Verfahren auf dem Gebiet der Diagnostik, Prophylaxe und Bekämpfung von Tiergesundheitsstörungen</li><li>- Mitwirken bei der Erstellung und Kontrolle von Qualitätssicherungsprogrammen</li><li>- Beteiligung an der wissenschaftlichen Bearbeitung praxisrelevanter tiergesundheitlicher Fragestellungen - Erstellung von Gutachten</li></ul>
-------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Forderungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Einrichtung eines „Tierschutzberatungsdienstes“</li></ul>
--------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Zuständig</b>	MSGIV
------------------	-------

<b>Einschätzung Fachebene</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Stellen im Haushalt (MdJEV) anmelden</li><li>• Arbeitsplatzbeschreibung definieren</li></ul>
-----------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<b>Ergebnis AG-Sitzung</b>	<p>10.10.2018</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Tierschutzberatungsdienst: Dieser Dienst wird als zentrale Form der Beratung angesehen. 5 + 1 Stellen wurden in die Haushaltsdiskussion eingebracht aber bislang nicht berücksichtigt.</li><li>• Die Abgeordneten sollten durch die Verbände nochmals für die Thematik sensibilisiert werden.</li></ul>
--------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>03.06.2019 Beratung in Brandenburg</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• MLUL stellt Richtlinie für Beratungsförderung und die Liste der anerkannten Berater beim LELF vor</li> <li>• MdJEV stellt Konzept des Tierschutzberatungsdienstes vor, geplant sind 3 Stellen beim LAVG <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Feinkonzept wurde der Hausleitung des MdJEV übergeben</li> <li>○ Stellenausschreibungen werden vorbereitet, Einstellungen sollen bis Jahresende erfolgen</li> <li>○ unabhängige und vorerst kostenfreie Beratungsleistungen werden angeboten</li> <li>○ auf Anfrage des Tierhalters</li> </ul> </li> </ul> <p>Diskussionsergebnis:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderung der Vernetzung TSBD und gelistete Berater, um deren tatsächliche Qualifikation zu ermitteln</li> <li>• GWV wird innerhalb seiner Verbandsstrukturen potentielle Berater erfragen bzw. auf die Beraterliste hinweisen</li> <li>• Verbesserung des Layouts der Liste beim LELF gefordert</li> </ul> <p>26.10.2020</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dr. Hübel stellt sich als TSBD für Geflügel vor</li> </ul>
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• TSBD ist mit drei Stellen Schwein (+Rind), Geflügel und Agrarwissenschaftler (Pferd) besetzt - <b>erledigt</b></li> </ul>

Stand: 15.07.2021

<b>7</b>	<b>Legehennen</b>
<b>TSP 21</b>	<b>Entscheidung über zukünftige Treffen der AG Legehennen - Bearbeitung zukünftiger tierschutzrelevanter Themen aus dem Bereich der Jung- und Legehennenhaltung sowie vor- und nachgelagerter Bereiche</b>
Vorschläge	Die Arbeitsgruppe befürwortet <b><u>weitere Beratungen und Arbeitsgruppensitzungen</u></b> über die Dauer der Erstellung des Tierschutzplans hinaus, um zukünftige <b><u>tierschutzrelevante Themen zu diskutieren und zeitnah Lösungen</u></b> zu erarbeiten. Die Landesregierung wird aufgefordert hierzu geeignete <b><u>Organisationsstrukturen zu schaffen</u></b> und <b><u>Möglichkeiten der Finanzierung</u></b> zur prüfen.
Begründung/ Empfehlungen	Nicht abschließend behandelte Themen sowie zukünftige neue Themen (insbesondere akute Problemfälle) mit einer hohen Tierschutzrelevanz aus den Bereichen der Jung- und Legehennenhaltung sowie den vor- und nachgelagerten Bereichen sollten auch weiterhin im breiten Expertenkreis diskutiert und tragfähige Lösungen erarbeitet werden. Die Arbeitsgruppe zeigt sich auch nach der Fertigstellung des Tierschutzplans Brandenburg interessiert an einem Austausch und einer konstruktiven Diskussion und Zusammenarbeit gemeinsam mit dem einzurichtenden Tiergesundheitsdienst. Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete Organisationsstrukturen für eine Weiterführung der Arbeitsgruppe sowie Finanzierungsmöglichkeiten für anfallende Tagungs- und Reisekosten zu prüfen.
Forderungen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Fortführung der Arbeitsgruppensitzungen</li></ul>
Zuständig	MLUK
Einschätzung Fachebene	<ul style="list-style-type: none"><li>• Einrichtung Beirat, Entscheidung Struktur AGen</li><li>• AG-Mitglieder abfragen ob weitere Teilnahme erwünscht</li><li>• Nachbesetzung</li><li>• Orga Termin, Ort, Konzept</li></ul>
Ergebnis AG-Sitzung	10.10.2018 <ul style="list-style-type: none"><li>• Erste Beiratssitzung war am 12.09.2018</li><li>• Erste AG-Sitzung war am 10.10.2018</li><li>• Zukünftige AG-Sitzungen:<ul style="list-style-type: none"><li>➤ 1x jährlich einen Tag, zusätzliche Treffen bei Bedarf,</li><li>➤ Mai - Juni, 13 – 17 Uhr</li><li>➤ HVHS Seddiner See</li></ul></li><li>• Weitere Sitzungen: 03.06.2019, Zoom-Meeting am 26.10.2020, 11.06.2021</li></ul>
Umsetzungs- stand	<ul style="list-style-type: none"><li>• Nächste Sitzung voraussichtlich im Mai 2022 - <b>erledigt</b></li></ul>